

City News

Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Polen, Serbien, Slowenien,
Tschechien, Ungarn

5. bis 8. Januar 2019



Inhaltsverzeichnis

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina.....	5
Bosnien-Herzegowina: Über 3.000 Anrufe bei Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche in elf Monaten	5
Bosnien-Herzegowina: Pro-Kopf-Verschuldung auf 3.342 Konvertible Mark (1.709 Euro) gestiegen	5
Bosnien-Herzegowina: Forschung erhielt 2017 und 2018 29,5 Millionen Konvertible Mark	6
Sofia/Bulgarien.....	7
Neue behindertengerechte Kleinbusse in Sofia unterwegs	7
Bulgarien: Initiative "Botschafterin für einen Tag" vorgestellt	7
Sofia: Grüne Gleise werden verlängert.....	7
Zagreb/Kroatien	9
Stadt Zagreb ist Exportmeister in Kroatien	9
Kroatien: Staatsanwaltschaft untersucht Vorfälle von ÜberläuferInnen zu Partei von Milan Bandić	9
Kroatien: Möglicher Fall von Vetternwirtschaft.....	10
Krakau/Polen	11
Krakau: In 100 Minuten nach Zakopane	11
Wiener "Schulstraße" als Vorbild für Krakau	11
Fehlende E-Tankstellen in Krakau.....	11
Belgrad/Serbien	12
Serbische "Medienkoalition" bricht Dialog mit Regierung ab	12
"XXXLutz" plant Markteinstieg in Serbien.....	12
Serbien plant Investitionen in Belgrader Waisenzentrum	12
Serbische Telekom übernimmt weitere Kabelanbieter	13
Ljubljana/Slowenien	14
Slowenien: 2018 das bisher sicherste Verkehrsjahr	14
Ljubljana: Neues Parkhaus mit exzellenter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel	14

Ljubljana: Neues Mehrgenerationenhaus "Center Barje"	14
Prag/Tschechien	16
Prag soll eine Ombudsperson erhalten.....	16
Prager Öffis im Jahr 2019 noch schneller.....	16
Prag kündigt Mietverträge der RichterInnen und StaatsanwältInnen.....	16
Budapest/Ungarn	18
Budapester U-Bahn-Sanierung zwei Monate verspätet.....	18
Grundsteinlegung des Budapester Superkrankenhauses noch heuer geplant	18
Oh Tannenbaum: Budapest tritt in Wiens Fußstapfen.....	18

City News

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Bosnien-Herzegowina: Über 3.000 Anrufe bei Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche in elf Monaten

Das kostenlose Sorgentelefon ("Blaues Telefon") für Kinder und Jugendliche in Bosnien-Herzegowina verzeichnete im Zeitraum von Jänner bis November 2018 insgesamt 3.038 Anrufe. Laut Nataša Pivašević, der Koordinatorin des "Blauen Telefons", waren die häufigsten Gründe für einen Anruf Probleme in der Familie, Stresssituationen in der Schule, Erfahrungen von Gewalt und Fragen zu Themen wie Sexualität und reproduktiver Gesundheit. Das Sorgentelefon, das bereits seit 2013 aktiv ist, stellt einen direkten Draht zu schneller Hilfe für Betroffene dar. Geschulte TelefonberaterInnen sind täglich von 8 bis 17 Uhr telefonisch, aber auch per E-Mail, erreichbar. Laut Pivašević sei für eine systematische Serviceerweiterung jedoch auch eine Finanzierung seitens staatlicher Institutionen erforderlich.

Oslobođenje, Sarajevo, 8. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Bosnien-Herzegowina: Pro-Kopf-Verschuldung auf 3.342 Konvertible Mark (1.709 Euro) gestiegen

Aufgrund einer Erhöhung der Staatsschulden von Bosnien-Herzegowina, stieg auch die Pro-Kopf-Verschuldung der einzelnen BürgerInnen um 130 Konvertible Mark (66,50 Euro). Somit hat eigentlich jede Einwohnerin beziehungsweise jeder Einwohner, einschließlich Neugeborener, 3.342 Konvertible Mark (1.709 Euro) Schulden. WirtschaftsanalytikerInnen gehen von einer weiteren Steigerung dieser Werte aus, da für das Budget der Föderation Bosnien-Herzegowina im Jahr 2019 eine weitere Verschuldung von 630 Millionen Konvertibler Mark (322 Millionen Euro) geplant ist. Für das Budget der Teilrepublik Srpska ist eine Verschuldung von 600 Millionen Konvertibler Mark (307 Millionen Euro) beabsichtigt.

Dnevni avaz, Sarajevo, 6. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Bosnien-Herzegowina: Forschung erhielt 2017 und 2018 29,5 Millionen Konvertible Mark

Im Jahr 2017 beliefen sich die finanziellen Fördermittel für Forschungseinrichtungen in Bosnien-Herzegowina auf knapp 14 Millionen Konvertible Mark (7,2 Millionen Euro). 63 Prozent dieser Summe wurde in diverse Bildungseinrichtungen investiert. Es folgten weitere Investitionen in die Forschung zur Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus, zur effizienteren Nutzung natürlicher Ressourcen und in die Forschung im Umwelt- und Gesundheitssektor. Für das Jahr 2018 wurden knapp 15,7 Millionen Konvertible Mark (8 Millionen Euro) für Forschungszwecke bereitgestellt. 50,6 Prozent davon gingen wieder an Bildungseinrichtungen.

Klix.ba, Sarajevo, 8. Januar 2019

Sofia/Bulgarien

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Neue behindertengerechte Kleinbusse in Sofia unterwegs

Insgesamt sieben neue, behindertengerechte Kleinbusse sollen stufenweise im öffentlichen Verkehr in Sofia eingesetzt werden. Die Kleinbusse können telefonisch in der Gemeindedirektion "Transport" im Zeitraum von 6 bis 23 Uhr gebucht werden. Laut der Gemeinde Sofia wird diese Dienstleistung monatlich von ca. 640 Menschen in Anspruch genommen. Das Ticket kostet 1 Bulgarischen Lew (0,51 Euro). Die Anschaffung wurde aus dem Operationellen Programm zur Personalentwicklung finanziert.

Segabg.com, Sofia, 7. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Bulgarien: Initiative "Botschafterin für einen Tag" vorgestellt

Alle bulgarischen Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren haben im Rahmen der Initiative "Botschafterin für einen Tag" zum zweiten Mal die Chance, ihre Meinung zu wichtigen gesellschaftlichen und sozialen Themen zu äußern. Die Initiative zum Internationalen Frauentag am 8. März wurde am 7. Jänner 2019 von der Vizepräsidentin Iljana Jotova (parteilos) und der Botschafterin Großbritanniens in Sofia, Emma Hopkins, vorgestellt. Das Thema der Initiative ist der Einfluss von starken Persönlichkeiten auf Veränderungen in der Gesellschaft. Die Siegerinnen der Ausschreibung erhalten die Möglichkeit, Frauen in Führungspositionen, darunter ausländische Botschafterinnen in Bulgarien, und ihre Arbeit kennenzulernen.

Focus-news.net, Sofia, 7. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Sofia: Grüne Gleise werden verlängert

Die Gemeinde Sofia informierte kürzlich, dass die Grünen Gleise auf der Straßenbahnlinie 5 vom Ruski-Pametnik-Platz bis zum Hristo-Botev-Boulevard verlängert werden sollen. Ferner soll in diesem Abschnitt eine kleine Parkanlage angelegt werden. Die Begrünung der Straßenbahngleise ist mit vielen ökologischen und stadtgestalterischen Effekten verbunden. Das Projekt wird mit

der Unterstützung des französischen Architekturbüros "Wilmotte architects" ausgearbeitet und soll bis Ende April 2019 vorgelegt werden. Danach soll es öffentlich ausgeschrieben werden. Die Begrünung ist ein Teil der Generalsanierung der Straßenbahnlinie 5 und wird aus dem Operationellen Programm "Regionen im Wachstum 2014-2020" finanziert.
Dariknews.bg, Sofia, 6. Januar 2019

Zagreb/Kroatien

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Stadt Zagreb ist Exportmeister in Kroatien

Gemäß einer Analyse der kroatischen Wirtschaftskammer hat die Stadt Zagreb im Jahr 2018 Waren und Dienstleistungen mit einem Gesamtwert von 33,2 Milliarden Kroatischen Kuna (4,5 Milliarden Euro) exportiert. Das umfasst rund ein Drittel der gesamten kroatischen Exportleistung. Die Stadt Zagreb verzeichnet somit einen Exportüberschuss in Höhe von knapp 4,7 Milliarden Kroatischen Kuna (630 Millionen Euro). Einer der Hauptgründe für diese Werte ist die Tatsache, dass viele Exportfirmen ihren Sitz in Zagreb haben.

Poslovni dnevnik, Zagreb, 8. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Kroatien: Staatsanwaltschaft untersucht Vorfälle von ÜberläuferInnen zu Partei von Milan Bandić

Die kroatische Staatsanwaltschaft hat erste Ermittlungen zu mehreren Fällen von politischen ÜberläuferInnen aus Gemeinderäten und dem Parlament ins Lager des Zagreber Bürgermeisters Milan Bandić (BM365, Arbeits- und Solidaritätspartei) aufgenommen. Im Zagreber Gemeinderat wechselten Mitte Dezember drei Abgeordnete ins Lager des Zagreber Bürgermeisters, während im kroatischen Parlament kürzlich ein Abgeordneter die "Kroatische Bauernpartei" (HSS) verließ und zu Bandić wechselte. Seitdem wurden einige Gerüchte zu den möglichen Gründen für diese Wechsel laut und es wird bereits über mögliche Schmiergeldzahlungen spekuliert. In einem Fall wurde bereits aufgedeckt, dass die Tochter des Ex-HSS-Abgeordneten kürzlich in der Zagreber Stadtverwaltung angestellt wurde. Es ist jedoch fraglich, ob diese Ermittlungen mit einem Verfahren enden.

Jutarnji list, Zagreb, 8. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Kroatien: Möglicher Fall von Vetternwirtschaft

Kroatische Medien zeigten kürzlich einen möglichen schweren Fall von Vetternwirtschaft in Kroatien auf. Der "Kroatische Fonds für Umweltschutz" ist derzeit auf der Suche nach 27 neuen Beamtinnen und Beamten. Nun wurde bekannt, dass gleich fünf BewerberInnen, die zugleich Mitglieder der "Kroatischen Volkspartei" (HNS) sind, die erste Interviewrunde bestanden haben. Dies wirft vor allem Fragen aufgrund der HNS-Mitgliedschaft des Fondsdirektors auf. Die beschuldigten KandidatInnen erklärten, dass ihre Parteizugehörigkeit nichts mit ihrem Erfolg zu tun habe. Vielmehr seien sie seit Jahren im Staatsapparat angestellt, weswegen sie die nötige Expertise für den Job mitbringen würden.
Jutarnji list, Zagreb, 8. Januar 2019

Krakau/Polen

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Krakau: In 100 Minuten nach Zakopane

Am 7. Jänner 2019 haben die Polnischen Staatsbahnen mit einem französisch-polnischen Firmenkonsortium einen Vertrag über ein Bauprojekt einer neuen Bahnstrecke in Kleinpolen zwischen den Ortschaften Podłęże und Piekielko unterzeichnet. Das Projekt soll bis 2021 erstellt werden. Bis 2027 sollen die Bauarbeiten abgeschlossen sein. Die neue 58 Kilometer lange Bahnstrecke soll die Fahrzeiten enorm verkürzen. Die Fahrzeit aus Krakau in die polnische Winterhauptstadt Zakopane wird 1,4 statt der jetzigen 3,5 Stunden dauern. Gazeta Krakowska, Krakau, 8. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Wiener "Schulstraße" als Vorbild für Krakau

Der Krakauer Magistrat zeigt Interesse am Wiener Pilotversuch "Schulstraße". Das eventuelle morgendliche Fahrverbot für Autos vor den Krakauer Schulen soll im Kampf mit dem Übergewicht bei Kindern und im Kampf mit der Luftverschmutzung helfen. Es soll eine Liste der Schulen entstehen, in denen dieses Pilotprojekt getestet werden könnte. In Krakau gibt es zurzeit 109 städtische Kindergärten, 100 Grundschulen und mehr als 50 höhere Schulen. Rzeczpospolita, Warschau, 8. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Fehlende E-Tankstellen in Krakau

Von 24 geplanten E-Ladestationen in Krakau wurde bis dato nur eine eröffnet. Laut der Ankündigung des Privatunternehmens "Smart City Polen" sollte das Netz von Ladestationen für elektrische Autos in Krakau bis Ende 2018 ausgebaut werden. Der Krakauer Gemeinderat will die Sache nun unter die Lupe nehmen und klären, warum es beim Ausbau der Infrastruktur für E-Fahrzeuge zu Verzögerungen kommt. Gazeta Krakowska, Krakau, 7. Januar 2019

Belgrad/Serbien

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Serbische "Medienkoalition" bricht Dialog mit Regierung ab

Die serbische "Medienkoalition", ein Medienbündnis bestehend aus mehreren JournalistInnenvereinen, beschloss Anfang Jänner 2019, die Mediengespräche mit dem Koordinationsbüro der serbischen Regierung abubrechen. Als Grund für die Unterbrechung des Dialogs wurde der Umstand genannt, dass keine der konkreten und terminlich befristeten Anforderungen der JournalistInnen- und Medienvereine in Bezug auf die Medienfreiheit und die Behandlung der Medien erfüllt worden seien. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage in der serbischen Medienlandschaft von Tag zu Tag, so die "Medienkoalition" in einer Mitteilung an die Öffentlichkeit.

Danas, Belgrad, 5. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

"XXXLutz" plant Markteinstieg in Serbien

Die österreichische Möbelkette "XXXLutz" plane im Jahr 2019 den Einstieg in den serbischen Möbelmarkt. In diesem Sinne sei zunächst die Eröffnung einer Filiale des Möbelhauses in Serbien im Laufe des Jahres zu erwarten. "XXXLutz" beabsichtige, im Jahr 2019 Investitionen in Höhe von 150 Millionen Euro in die Errichtung neuer Geschäfte, die Wiedereröffnung bestehender Geschäfte sowie die Weiterentwicklung des Online-Verkaufs und der Logistik zu tätigen.

B92.net, Belgrad, 5. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Serbien plant Investitionen in Belgrader Waisenzentrum

Serbiens Bundespräsident Aleksandar Vučić (SNS – Serbische Fortschrittspartei) kündigte Anfang Jänner 2019 die Errichtung eines neuen "Zentrums für unversorgte Kinder" in der Belgrader Zvečanska-Straße an. Es soll das bestehende Waisenzentrum in dieser Straße ersetzen. Der Bund soll 5 Millionen Euro in die Errichtung des neuen Waisenzentrums investieren, weitere 650.000 Euro will die "Turkish Cooperation and Coordination Agency" (TIKA) bereitstellen.

eKapija.com, Belgrad, 6. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Serbische Telekom übernimmt weitere Kabelanbieter

Die serbische Telekomgesellschaft "Telekom Srbija" gab Anfang Jänner 2019 die Übernahme von zwei weiteren Kabelanbietern bekannt. Es handle sich um die Anbieter "Radjus vektor" und "AVcom", die gemeinsam etwa 138.000 Internet- und TV-AbonnentInnen haben. Anders als bei der Übernahme von "Kopernikus" durch die "Telekom Srbija" im Dezember 2018 zu einem Preis von 180 Millionen Euro, wurde der Übernahmepreis für "Radjus vektor" und "AVcom" nicht bekannt gegeben. Geplant werde die Übernahme von weiteren fünf kleineren Kabelanbietern, die im Laufe des ersten Quartals 2019 abgeschlossen werden soll. Die Expansion der "Telekom Srbija" erfolge im Rahmen der Entwicklungsstrategie "Million Plus", die mehr als eine Million TV- und InternetabonnentInnen garantieren soll.

eKapija.com, Belgrad, 7. Januar 2019

Ljubljana/Slowenien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Slowenien: 2018 das bisher sicherste Verkehrsjahr

2018 verzeichnete Slowenien das verkehrssicherste Jahr in seiner Geschichte, da es lediglich 98 Todesfälle auf den slowenischen Straßen gab. Noch vor 25 Jahren lag die Opferzahl jährlich bei 500. Als häufigste Ursache der tödlichen Verkehrsunfälle gilt weiterhin Alkohol. Ein Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle passiert unter Alkoholeinfluss. Deshalb soll das zuständige Ministerium in Kürze die Strafen für Alkohol am Steuer erheblich verschärfen.
Večer, Maribor, 5. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Ljubljana: Neues Parkhaus mit exzellenter Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel

In der unmittelbaren Nähe von Ljubljana, in der angrenzenden Kleinstadt Grosuplje, soll bis zum Sommer dieses Jahres ein Parkhaus mit 222 Stellplätzen und eine große Radabstellanlage entstehen. Da der Standort exzellente Anbindungen an die öffentlichen Verkehrsmittel ermöglicht, sollen 161 Parkplätze an das Park-and-Ride-System des Öffentlichen Unternehmens für Fahrgastverkehr in Ljubljana (LPP) angeschlossen werden. Die Stadtgemeinde Ljubljana (MOL) unterstützt das 1,65 Millionen Euro teure Projekt, da sich im Rahmen der regionalübergreifenden Verkehrsstrategie auch benachbarte Gemeinden zur Verminderung des Straßenverkehrs in der slowenischen Hauptstadt verpflichtet haben.

Delo, d.o.o., Ljubljana, 5. Januar 2019

GGr. für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

Ljubljana: Neues Mehrgenerationenhaus "Center Barje"

Die Stadtgemeinde Ljubljana (MOL) will ein ehemaliges Grundschulgebäude im Stadtteil "Rudnik" in das Mehrgenerationenhaus "Center Barje" umwandeln. Im Rahmen des 3 Millionen Euro teuren Projektes wird der gesamte Gebäudekomplex

inklusive Garten renoviert, es sollen aber auch zahlreiche funktionelle öffentliche
Markflächen und Sport- und Freizeiteinrichtungen für alle Generationen entstehen.
Die Eröffnung des neuen Mehrgenerationenhaus ist noch für 2019 geplant.
Dnevnik, Ljubljana, 7. Januar 2019

Prag/Tschechien

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Prag soll eine Ombudsperson erhalten

Die regierende Prager Koalition, bestehend aus der "Piratenpartei" (PS), der Partei "Vereinten Kräfte für Prag" und dem Vereins "Prag für sich", gab bekannt, die Stelle einer Ombudsfrau beziehungsweise eines Ombudsmannes für Informationen einrichten zu wollen. Sie oder er soll für den freien Zugang zu Informationen zuständig sein. Einer der WunschkandidatInnen der Koalition ist der ehemalige Abgeordnete Oldřich Kužílek (ODA – Bürgerdemokratische Allianz).
Euro.cz, Prag, 4. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Prager Öffis im Jahr 2019 noch schneller

Wie jedes Jahr werden auch heuer in den Prager Straßen neue Busspuren errichtet, die ausschließlich den Fahrzeugen des Prager öffentlichen Verkehrs vorbehalten sind. Ferner sind auch neue Baumaßnahmen geplant, die die Straßenbahntrassen von der restlichen Fahrbahn trennen sollen, sodass die Autos nicht auf die Gleise geraten können. Auch sollen an vielen Kreuzungen neue Ampeln installiert werden, die die Bussen des "Prager Verkehrsbetriebes" (DP) bevorzugen sollen. Mit diesen Schritten erhofft sich die Stadt Prag eine weitere Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs in der Metropole.
Metro - Praha, Prag, 7. Januar 2019

GGr. für Bildung, Integration, Jugend und Personal

Prag kündigt Mietverträge der RichterInnen und StaatsanwältInnen

Aus dem letzten Beschluss des Prager Stadtparlaments geht hervor, dass die Stadt Prag vorhat, die Mietverträge der tschechischen RichterInnen und StaatsanwältInnen, die in städtischen Wohnungen leben, zu kündigen beziehungsweise nicht mehr zu verlängern. Der Mietpreis auf dem freien Markt in Prag liegt derzeit bei 345 Tschechischen Kronen (15 Euro) pro Quadratmeter, die relativ gutverdienenden RichterInnen und StaatsanwältInnen müssen jedoch in den städtischen Wohnungen nur 60 bis 70 Tschechische Kronen (2,40 Euro bis 2,80

Euro) pro Quadratmeter bezahlen. Die betreffenden Wohnungen sind zudem relativ groß und sollen künftig sozial schwächeren PragerInnen zu Gute kommen.
Prazsky.denik.cz, Prag, 7. Januar 2019

Budapest/Ungarn

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Budapester U-Bahn-Sanierung zwei Monate verspätet

Die Sanierung der nördlichen Strecke der U-Bahn-Linie M3 zwischen "Lehel tér" und "Újpest Központ" begann am 4. November 2017 und hätte den ursprünglichen Plänen zufolge Ende 2018 fertiggestellt werden sollen. Wie nun die "Budapester Verkehrsbetriebe" (BKV) mitteilen, kann die Strecke erst im Frühling 2019 in Betrieb genommen werden. Im zweiten Quartal 2019 könne die Sanierung der südlichen Strecke zwischen "Nagyvárad tér" und "Kőbánya Kispest" beginnen und im zweiten Halbjahr 2020 die Sanierung des letzten, mittleren Teils der Strecke. Da die öffentlichen Ausschreibungen nicht abgeschlossen sind, sind die genauen Kosten noch nicht bekannt. Die Kosten der gesamten U-Bahn-Sanierung werden auf 234 Milliarden Forint (728,56 Millionen Euro) geschätzt.

Hvg.hu, Budapest, 7. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Grundsteinlegung des Budapester Superkrankenhauses noch heuer geplant

Laut der Tageszeitung "Magyar Idők" schreitet das Projekt des geplanten Zentralkrankenhauses in Südbuda in raschem Tempo voran. Die Ausschreibung für den Entwurf des neuen Gesundheitszentrums wurde vor einigen Wochen abgeschlossen. Der Gewinner wurde noch nicht bekannt gegeben. Laut den Plänen soll die Grundsteinlegung aber innerhalb der nächsten Monate erfolgen. J. Róbert Bedros, der für die Koordination und Durchführung des Projektes zuständige Ministerbeauftragte, betonte, dass das neue Superkrankenhaus die größte Greenfield-Investition in der Geschichte des ungarischen Gesundheitswesens darstellt. Das Krankenhaus wird in Südbuda in der Nähe der Autobahnen "M1" und "M7" errichtet und wird über mehr als 1.000 Betten verfügen. Magyar Idők, Budapest, 5. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Oh Tannenbaum: Budapest tritt in Wiens Fußstapfen

Nach den Feiertagen sammelt die Gesellschaft für die Wartung öffentlicher Räume (FKF) rund 500.000 bis 600.000 Tannenbäume ein, die dann mittels Fernwärme in

die Budapester Haushalte zurückkehren sollen. Die ausgedienten Weihnachtsbäume können ab dem 6. Jänner neben den Mülltonnen deponiert werden und werden etwa sechs Wochen lang regelmäßig mit sogenannten Tannenfahrzeugen abgeholt. Danach werden sie kleingehackt und von der Budapester Müllverwertungsanlage verbrannt. Der Tannenbaum zählt aufgrund seines hohen Harzgehaltes zu den guten Brennholzern und liefert in mehrere zehntausend Budapester Haushalte Fernwärme beziehungsweise Strom. Auch in Wien wird mit den Weihnachtsbäumen seit Jahren so verfahren.
Magyar Idök, Budapest, 5. Januar 2019